



Monika Brudlewsky

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Reisebericht Nord-Sudan

1. Juni bis 7. Juni 2002

Monika Brudlewsky, MdB
Reimund Reubelt, Klaus Stieglitz (Hoffnungszeichen)

Hoffnungszeichen | Sign of Hope e.V.
Kreuzensteinstr. 18
D-78224 Singen
Telefon (07731) 67802
Telefax (07731) 67865
E-Mail: stieglitz@hoffnungszeichen.de
Internet: www.hoffnungszeichen.de

I. Überblick

| | |
|------------------|--|
| Zweck der Reise: | Menschenrechtserkundung und Einflussnahme |
| Datum: | 1. Juni bis 7. Juni 2002 |
| Reiseteilnehmer: | Monika Brudlewsky, MdB Reimund Reubelt (Hoffnungszeichen-Geschäftsführer) Klaus Stieglitz (Hoffnungszeichen-Menschenrechtsbeauftragter) |
| Besuchte Orte: | Khartoum, Khartoum (Nord), Omdurman und El-Obeid |
| Fragestellung: | Die Reisegruppe interessierte sich besonders für vier menschenrechtliche Problemkreise. Zu diesen Problemkreisen sollten ergänzend zu den bisherigen Erkenntnissen der Reisegruppe neue Informationen gewonnen werden. In Gesprächen mit Regierungsvertretern und Parlamentariern sollte auf die Besserung der Menschenrechtsslage im Sudan hingewiesen und gleichzeitig konkrete Vorschläge in diesem Zusammenhang unterbreitet werden. Von Hoffnungszeichen in Deutschland gesammelte Unterschriften zur Schließung von Sonderlagern, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden, sollten bei geeigneter Stelle übergeben werden. |

II. Chronologischer Abriss

Samstag, den 01.06.2002 (Anreise)

Morgen Abflug aus Europa
 Nacht Ankunft in Khartoum

Sonntag, den 02.06.2002 (Khartoum, Regierung und Frauengruppen)

Morgen/Vormittag Gespräche im sudanesischen Außenministerium
 Nachmittag Gespräch mit CEAWC
 Gespräch mit Vertreterinnen von Frauengruppen
 Abend Abendessen auf Einladung Botschafter Meyers mit
 Regierungsvertretern und Parlamentariern

Montag, den 03.06.2002 (Parlament, Flüchtlingslager, Opposition)

Morgen/Vormittag Gespräche in der Nationalversammlung
 Übergabe der Unterschriftenlisten
 Nachmittag Gespräche mit Kirchenvertretern (SCC)
 Besichtigung des Flüchtlingslagers Shekan
 Abend Abendessen auf Einladung Botschafter Meyers mit
 Vertretern von Oppositionsgruppen, Journalisten, Men-
 schenrechtlern und Vertreterinnen von Frauengruppen

Dienstag, den 04.06.2002 (Khartoum, El-Obeid)

Morgen Flug Khartoum/El-Obeid
 Nachmittag/Abend Rückflug nach Khartoum

Mittwoch, den 05.06.2002 (Khartoum)

Informationsrecherche und Vorbereitung auf die
 Pressekonferenz , historisch-kulturelles Nebenpro-
 gramm

Donnerstag, den 06.06.2002 (Khartoum)

Morgen/ Mittag Besuch der einer Nichtregierungsorganisation und einer
 Menschenrechtsgruppe
 Nachmittag Besuch bei der Humanitarian Aid Commission (HAC)
 Mittagessen auf Einladung des Abgeordneten Othwonh
 Besuch im Frauengefängnis Omdurman
 Abend Pressekonferenz in der Botschaft
 Rückreise nach Deutschland

Freitag , den 07.06.2002 (Rückreise nach Deutschland)

Rückreise nach Deutschland

III. Problemorientierte Darstellung

Im Mittelpunkt der Reise standen Gespräche mit Regierungsvertretern und Parlamentariern sowie mit Repräsentanten von Oppositionsgruppen, Nichtregierungsorganisationen (NROs) und Kirchen. Die Gespräche mit Regierungsvertretern und Parlamentariern sollten der Informationsrecherche und schwerpunktmäßig der menschenrechtlichen Einflussnahme dienen, während die Gespräche mit Oppositionsgruppen, NROs und Kirchen den Hauptzweck verfolgten, der Reisegruppe ein umfassendes Bild der Menschenrechtslage vor Ort zu vermitteln. Dabei sollte die Menschenrechtslage vor allem anhand der vier Problemkreise Verschleppung von Zivilisten aus dem Süden, Behandlung der Verschleppten nach der jeweiligen Verschleppung, Bombardierung ziviler Ziele und Genitalverstümmelung an Frauen und Mädchen untersucht werden.

A. Gespräche mit Regierungsvertretern

1. Außenministerium

a) Dr. Mutrif Siddiq

Herr Dr. Mutrif Siddiq ist Staatssekretär im sudanesischen Außenministerium.



Dr. Mutrif Siddiq

Er teilt uns mit, die Tore der Regierung seien für unsere Anliegen weit geöffnet, die Regierung habe nichts zu verbergen. Er gesteht ein, dass der Sudan unter „Problemen“ leide, die ihren Ursprung noch in der Kolonialzeit hätten. Dies sei der logische Hintergrund für Krieg, Provokationen, negative Auswirkungen auf Flüchtlinge und Vertriebene. Men-

schenrechtsverletzungen gebe es auf allen Seiten. Gegenwärtig gebe es die Gelegenheit für einen Frieden. Siddiq forderte, die Wurzeln der Probleme zu behandeln. Auf die Frage Monika Brudlewskys nach der Bombardierung vom 22. Mai 2002, nach den Verschleppungen, den Bestrafungsmöglichkeiten für Verschlepper und der Problematik der Verweigerung des Zugangs von Hilfsorganisationen in zahlreiche Ortschaften des Südens antwortete Siddiq zunächst, Zivilisten würden mehr als das Militär leiden. Garang sei für die Eskalierung der Situation in den Ölfördergebieten verantwortlich. Es gäbe zahlreiche Opfer unter Militärs und Zivilbevölkerung, die Regierung befinde sich in der Position der Selbstverteidigung. Das Öl bezeichnet Siddiq als sehr wichtig. Die Regierung habe nicht mit den Bombardement begonnen. Garang sei in seinem Bestreben gescheitert, die Ölförderung einzustellen, er verzö-

gere diese lediglich. Was die Sperrung von Gebieten für Hilfslieferungen betrifft, gebe es in Bahr-el-Ghazal und in Unity Probleme mit der Sicherheitslage. In Eastern Equatoria Sorge der Konflikt zwischen der ugandischen Regierung und der LRA für eine schlechte Sicherheitslage. Als Transportwege stünden für humanitäre Hilfe der Nil, die Zugverbindung und der Landweg zur Verfügung. Bei Hilfsflügen komme es auch zum Transport illegaler Güter. Hinsichtlich der Verschleppungen erklärte Siddiq, es handle sich hierbei um ein Phänomen, das leider im Süden unter den verschiedenen Stämmen bestehe. Dieses Phänomen sei menschenrechts- und verfassungswidrig. Bei den Verschleppungen handle es sich um ein soziales Phänomen, bei dem es um Glauben, Weideland und Stammesherrschaftsansprüche gehe. Die Regierung wolle diesem Phänomen mit einem Maßnahmenbündel begegnen. Dazu gehöre die Aufklärung über die negativen Auswirkungen der Verschleppungen. Auch die ökonomische Seite des Phänomens müsse angegangen werden. Dabei gehe es um die Problematik des Zugangs zu Weideland und um die Wasserversorgung. Bezüglich möglicher Strafmaßnahmen erklärte Siddiq, dass ein Ausschuss gegründet worden sei, der sich mit der Abschaffung der Verschleppungen beschäftigen soll (CEAWC). CEAWC sei auch mit allen Kompetenzen des attorney general (also der Strafverfolgungsbehörden, KS) ausgestattet.

b) Botschafter Mubarak Rahma

Botschafter Mubarak Rahma ist der Leiter der Menschenrechtsabteilung im



**Gesandter Isaac Keuti und
Botschafter Mubarak Rahma (von links)**

Außenministerium. Da sich seine Ankunft etwas verzögerte, klärte uns zunächst sein Stellvertreter, Gesandter Isaac C. Keuti, über Aufgaben und Tätigkeit der Abteilung auf. Auf die Verschleppungen angesprochen erklärte Mubarak Rahma sodann, dass die Regierung feststelle, dass es derartige Verschleppungen gibt. Sie seien aber als Stammeskämpfe im Zusammenhang mit der Konkurrenz um Weideland zu sehen. Wir stellen nach einem

Hinweis auf die überaus großen Probleme mit Menschenrechten in Deutschland in der jüngsten Geschichte Fragen nach den Verschleppungen, insbesondere nach der Beteiligung von Truppen der Popular Defence Forces (PDF= Regierungsmilizen) und nach den Befehlsstrukturen, in die die PDF eingebunden sind. Weiterhin thematisieren wir die kürzlich stattgefundenen

Bombardierungen gegen zivile Ziele und fragen konkret nach der Existenz des Lagers Dar Bacha'er, in dem nach Informationen des damaligen Sonderberichterstatters für den Sudan, Gaspar Biro, schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden. Hinsichtlich der Verschleppungen erklärt Mubarak Rahma, es handle sich dabei um ein politisches Thema. Rahma verweist uns ferner an Dr. al-Mufti, den Vorsitzenden von CEAWC. Darüber hinaus beantwortete der Bericht der International Eminent Persons Group (International Eminent Persons Group: Slavery, Abduction and Forced Servitude in Sudan. Khartoum May 22, 2002.) viele unserer Fragen. Über eine Zwangsislamisierung von Verschleppten lägen ihm keine Erkenntnisse vor. Die PDF hielten sich an die Befehle und Richtlinien der Regierung. Ihre Aufgabe sei es, die Zivilbevölkerung zu verteidigen. Die Bombardierungen auf zivile Ziele erfolgten nicht beabsichtigt und seien nicht vorgesehen. Mubarak Rahma fordert abschließend einen umfassenden Waffenstillstand.

c) Botschafterin Zainab Mahmud

Botschafterin Zainab Mahmud ist die Leiterin der Europaabteilung im Außenministerium. Sie war bei dem Gespräch mit Mutrif Siddiq anwesend und verhielt sich im wesentlichen zuhörend.

2. CEAWC - Dr. Ahmad al-Mufti

Dr. Ahmad al-Mufti ist der Vorsitzende des "Committee for the Eradication of Abduction of Women and Children" (CEAWC ~ Ausschuss für die Ausrottung der Entführung von Frauen und Kindern.) Wir treffen ihn in seinem Büro. Al-Mufti erklärt, nach Angaben eines Dinka-Stammesausschusses gebe es seit 1999 14.000 Entführte. Diese Menschen seien im Zuge von Stammesstreitigkeiten entführt worden. Im Zusammenhang mit den Bewegungen des Zuges seien 200 Fälle an CEAWC herangetragen worden. Das bedeute für



Dr. Ahmad al-Mufti

ihn, al-Mufti, dass das Problem bestehen bliebe, auch wenn die Zugfahrten beendet würden. Es seien zur Zeit mehrere Vorschläge in der Diskussion, wie mit den durch die Bewegungen des Zuges bedingten Verschleppungen am besten umzugehen sei. Eine Möglichkeit wäre es, den Zug unter VN-Flagge zu stellen, eine andere, den Verkehr des Zuges gänzlich einzustellen (Forderung der International Eminent Persons Group, KS). CEAWC selbst schlage vor, den Zug unter Kontrolle von Stammesausschüssen fahren zu lassen. Klaus Stieglitz erklärt, Hoffnungszeichen schätze die Zahl derer, die im Zusammenhang mit den Bewegungen des Zuges entführt wurden, wesentlich

höher ein. Stammesfehden zu schlichten sei eine wichtige und unverzichtbare Aufgabe, weil diese Fehden Teil der menschenrechtlichen Problemlage seien. Wichtig sei es aber auch, so Stieglitz, dass sowohl das Militär als auch die PDF Befehl erhalten, wonach es ihnen verboten ist, Verschleppungen durchzuführen und überhaupt Nicht-Kombattanten in den Konflikt mit einzubeziehen. Neben der Dimension der Verschleppungen im Zuge von Stammesstreitigkeiten gebe es noch die beiden Dimension Verschleppungen in Zusammenhang mit Bewegungen des Zuges und Verschleppungen in Zusammenhang mit Kampfhandlungen. Militärisch sei es zum Schutz des Zuges wohl kaum erforderlich, einen Streifen von 30 bis 50 km rechts und links der Bahnlinie zu verwüsten, quasi als „Präventivmaßnahme“. Das Gespräch endet im Bewusstsein des Dissens in wichtigen Fragen. Ein gemeinsamer Nenner wird beim Bedürfnis des Landes nach Frieden gefunden.

3. Humanitarian Aid Commission - Dr. Sulafeldin Salih Mohammed

Dr. Sulafeldin Salih Mohammed ist Generalbeauftragter der HAC (Humanitarian Aid Commission – Kommission für humanitäre Hilfe). Wir treffen ihn in



Dr. Sulafeldin Salih Mohammed

seinem Büro. Er erklärt, die HAC gehöre dem Ministerium für internationale Zusammenarbeit an. Aufgabe der HAC sei es, einen Plan für humanitäre Hilfe festzusetzen. HAC sei die Aufsichtsbehörde für NROs im Bereich der humanitären Hilfe. Momentan seien bei der HAC 80 ausländische und 300 inländische Nichtregierungsorganisationen registriert. Auch menschenrechtliche

Themen würden in der HAC erörtert. Die Bombardierungen auf zivile Ziele geschähen nicht absichtlich. Überdies würden die USA zivile Ziele intensiver angreifen. Der Angriff auf die Pharmaziefabrik (in Khartoum KS) sei ein Beleg dafür. Registrierte Organisationen, die ein humanitäres Hilfsprojekt abwickeln wollen, erhielten fünf Tage nach Antragsstellung Bescheid. An einigen Stellen in Unity und in Nord-Bahr-el-Ghazal stelle sich gegenwärtig die Frage nach der Sicherheitslage. Abschließend bemerkt Dr. Sulafeldin Salih Mohammed, HAC sei zu jeder von uns vorgeschlagenen Zusammenarbeit bereit, wegen der Kriegshandlungen könne man aber nicht alles tun.

B. Gespräche mit Parlamentariern

1. William Othwonh Awer



Monika Brudlewsky, Reimund Reubelt, William Othwonh Awer und Klaus Stieglitz (von links) bei der Übergabe der Unterschriftenlisten

William Othwonh Awer ist Abgeordneter der National Assembly (Nationalversammlung). Er ist Vorsitzender des „Ausschusses für Menschenrechte und öffentliche“ Pflichten und stammt aus Malakal. Wir treffen ihn in seinem Dienstzimmer in der National Assembly. William Othwonh Awer unterrichtet uns über die Arbeitsweise und Aufgaben des Menschenrechtsausschusses. Wir finden Gelegenheit, ihm als zuständigen Parlamentarier unsere Unterschriftenlisten zu übergeben. Die 24.425 Unterzeichner der Unterschriftenaktion sprachen sich mit ihren Signaturen für eine Schließung der Sonderlager im Sudan aus, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden. William Othwonh Awer zeigte sich von den Unterschriften beeindruckt und versprach, im Menschenrechtsausschuss über das weitere Procedere zu diskutieren. Darüber wolle er uns schriftlich unterrichten.

2. Dr. Laurence Lual und Prof. Dr. Fatima Abd El Mahmoud

Dr. Laurence Lual ist Mitglied der National Assembly und stammt aus dem Süden. In seinem Dienstzimmer begegnen wir auch Frau Professor Dr. Fatima Abd El Mahmoud. Die Medizinerin ist Mitglied der National Assembly. Sie sei 1976 unter Nimeri als Gesundheitsministerin die erste weibliche Ministerin Afrikas gewesen. Die Gruppe spricht ihr gegenüber zunächst die Problematik der Genitalverstümmelung an Frauen an. El Mahmoud erklärt, es gäbe



Prof. Dr. Fatima Abd El Mahmoud

drei Formen der Beschneidung an Frauen im Sudan. Da sei zum einen die pharaonische Beschneidung. Diese Art der Beschneidung bezeichnete sie als gefährlich. Bei der sunnitischen Form der Beschneidung würden die großen Schamlippen abgeschnitten. Eine dritte Form der Beschneidung sei eine Mischform aus den ersten beiden. Die

sunnitische Form der Beschneidung habe sie als Ärztin selbst durchgeführt, die beiden anderen Formen seien abzulehnen. Auf die Frage nach der prozentualen Verteilung der verschiedenen Beschneidungsformen antwortete El-Mahmoud, 10 Prozent der sudanesischen Frauen würden pharaonisch, 70 Prozent sunnitisch und 15 Prozent gar nicht beschnitten.

Während des Gesprächs erhält die Gruppe Gelegenheit, den Plenarsaal der



Plenarsaal der sudanesischen Nationalversammlung

National Assembly zu besichtigen, in dem gerade eine Sitzung stattfindet. Als der Vorsitzende den Redner unterbricht, und die Gruppe von Monika Brudlewsky willkommen heißt, spendet das Parlament Beifall.

Nach der Rückkehr in das Dienstzimmer Lu-

als sprechen wir ihm gegenüber die Problematik der Verschleppungen, der Behandlung der Verschleppten und die Bombardierung ziviler Ziele an.

C. Besuch des Frauengefängnisses Omdurman



Besuch im Frauengefängnis Omdurman – Gruppenfoto mit Vollzugsgeneral

Verteilt auf die Autos mehrerer sudanesischer Abgeordneter treffen wir im Frauengefängnis von Omdurman ein. Bei Zustandekommen des Besuches scheint der Abgeordnete William Othwonh Awer, der uns ins Gefängnis begleitet, sehr behilflich gewesen zu sein. Durch eine langgezogene Sicherheitschleuse gelangen wir in einen Innenhof des Gefängnisses. Hier befindet sich auch das Büro des Gefängnisleiters. Wir werden vom Innenhof aus durch eine weitere Schleuse in einen Gefangenenbereich geführt. Begleitet werden wir von einer großen Delegation von Justizvollzugspersonal. Zwei Herren geben sich durch ihre Schulterabzeichen als Amid (entspricht Brigadegeneral) bzw. Liwa (entspricht Generalmajor) zu erkennen. Der letztere höherrangige Herr wird uns als Befehlshaber über alle sudanesischen Gefängnisse vorgestellt. Während unseres Rundganges durch den Gefangenenbereich ist es uns untersagt, zu fotografieren. Wir haben den Eindruck, dass für unseren Besuch alles „herausgeputzt“ worden ist. Die Insassinnen tragen neu aussehende Kleider. Alte, z.T. erheblich ramponierte und verschlissene Kleidungsstücke sehen wir über die Trennwände der neu errichteten Toilettenanlage gehängt. Der Boden ist augenscheinlich frisch gefegt. Wir können mit Insassinnen sprechen. Einige Kinder von Insassinnen sind bei ihren Müttern, zum Teil auch sehr kleine Kinder. Rund 70 Frauen sind auf drei bis vier Gebäude verteilt, die Betten stehen in diesen Gebäuden sehr eng zueinander. Die Frauen sitzen dort in der Regel hohe Haftstrafen ab, viele wegen „Zahlung mit ungedeckten Schecks“, eines nach internationalen Maßstäben kleineren Vermögensdelikts. Unsinnigerweise begingen viele Frauen dieses Vergehen zumeist aus Verzweiflung

und aufgrund ihrer eigenen Armut. Auf die Frage, wann diese Frauen aus dem Gefängnis freikämen, sagte man uns sinngemäß, dass das erst dann geschehen könne, wenn sie ihre Schulden bezahlt hätten.

Die sanitären Verhältnisse scheinen sich durch den Anbau einer neuen Toilettenanlage verbessert zu haben. Ein Zimmer ist mit einem Gebärstuhl ausgestattet. Jeden Monat würden ca. vier, manchmal auch mehr Kinder hinter



Klaus Stieglitz vor dem Büro des Gefängnisses

Gittern geboren. Frauen, die aufgrund von Bierbrauerei inhaftiert worden sind, seien im Nachgang zu einem Besuch Gerhard Baums amnestiert worden, so der Gefängnisleiter. Als wir nach der kurzen Besichtigung und nach kurzen Gesprächen mit Insassinnen den Gefangenenbereich ver-

lassen und uns auf das Bürogebäude zubewegen, haben wir den Eindruck, dass die Anlage doch etwas weitläufiger ist. Im Büro des Gefängnisleiters werden kurz Detailfragen wie z.B. über die seelsorgerische Betreuung der Frauen und das strafrechtliche Ermittlungsverfahren besprochen. Wir monieren die enge räumliche Situation, bitten um Hafterleichterungen für Frauen mit Kindern und äußern den Wunsch, dass diese Personengruppe früher entlassen wird, soweit dies im Ermessen des Justizvollzugsdienstes liegt.

D. Besuch des Flüchtlingslagers Shekan (Omdurman)

Das Flüchtlingslager Shekan liegt am Rande von Omdurman. Die Zustände in diesem Lager erscheinen uns desolat. Neben der unzureichenden sanitären und hygienischen Situation macht den Menschen in diesem Lager besonders die geographische Lage zu schaffen, die mit den Eckpunkten Sand, Hitze und Trockenheit beschrieben werden kann. Die Menschen bauen Gebäude aus in der Sonne gebrannten sandigen Tonsteinen, die aber, wenn sie einmal verbaut sind, sich bei schweren Regenfällen nach und nach auflösen. Es gibt in dem Lager kleinere Kirchbauten. Mit einfachen Menschen kommen wir hier kaum ins Gespräch, werden wir doch beinahe ständig von einem Herren begleitet, der wohl ein informelles Amt, nicht unähnlich dem eines Blockwartes, zu tragen scheint.

E. Gespräche mit Vertretern von Oppositionsgruppen

Bei einem Abendessen treffen wir mit führenden Vertretern von sudanesischen Oppositionsgruppen zusammen. Ein Gesprächspartner erkannte eine leichte Verbesserung der Lage der Pressefreiheit an, was von anderen bestritten wurde. Alle anderen Gesprächspartner sahen in der Menschenrechtslage im wesentlichen Rückschritte.

F. Gespräche mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und Kirchen

1. Frauengruppen

Im Konferenzraum der deutschen Botschaft traf die Gruppe mit Vertreterinnen sudanesischer Frauengruppen zusammen.



Gespräch mit Vertreterinnen von Frauengruppen

Eine Dame* eröffnete die Diskussionsrunde mit einem Umriss der Problemlagen der Frauen innerhalb der sudanesischen Gesellschaft. Kernbereiche seien in dieser Hinsicht die Probleme in Zusammenhang mit der Gleichberechtigung der Geschlechter, die Frage der Ausbildung von Frauen und die

Frage der Teilnahme von Frauen am politischen Prozess. Die Dame unterstrich ihre Forderung nach Frieden und Toleranz. Es herrsche kein Mangel an qualifizierten Frauen, aber es gibt einen Mangel an Mitteln. Dahinter stehe der Plan seitens der Regierung, die Rechtsstellung der Frau zu verschlechtern. Den Frauen würden in der sudanesischen Gesellschaft neuerdings Barrikaden und Hindernisse gestellt. In diesem Zusammenhang sei auch die Genitalverstümmelung an Frauen zu sehen. Früher sei diese Problematik eine soziale Frage gewesen, heute sei es eine religiöse. Anhand der Beschneidung werde festgestellt, inwieweit eine Frau „wirklich“ religiös sei. Es handle sich hierbei um einen politischen Islam. Ihre persönliche Meinung sei es, dass es eine gewisse Staatsideologie gebe, die die Unterdrückung der Rechte von Frauengruppen zum Inhalt habe. Zum Beispiel dürften Frauen

* Die Namen der Personen sind den Autoren bekannt, werden hier aus Sicherheitsgründen aber nicht veröffentlicht.

Universitäten nur verschleiert besuchen. Es gebe Bewacher vor den Universitäten, die den Frauen auf der Stelle die Kleider zunähen, wenn sie als „unsittlich“ eingeschätzt würden. Auch sei die Einrichtung dieser Dame von Sicherheitskräften durchsucht worden. Auf die Frage nach der Veränderung der Menschenrechtsslage hin angesprochen antwortet sie, es gebe derzeit zwei Szenarien. Nach dem 11. September 2001 wolle die offizielle Seite nach außen hin vermitteln. Nach innen hin verfolge der Staat aber weiterhin seine Ideologie, zu der die Genitalverstümmelung an Frauen, die Kleiderverordnungen, überhaupt das Streben nach einer islamischen Identität gehörten. Musliminnen als auch Frauen, die anderen Glaubensrichtungen angehören, würden dadurch belastet. Dies bekomme man überall zu spüren. Die kulturelle Vielfalt würde durch die Regierung nicht anerkannt. Im Gefängnis könnten Frauen, die den Koran lernen, freigelassen werden. Auch die schulische Ausbildung leide unter dem religiösen Druck. So gebe es Einschränkungen für Schulen, die nicht regierungstreu sind. Das habe zur Folge, dass die Vielfalt immer kleiner werde.

Eine Sozialwissenschaftlerin erklärt, das islamische Recht der Scharia lasse sich nicht mit ihrer Kultur vereinbaren. Das Selbstbestimmungsrecht würde dadurch verletzt. Alle Kinder würden den islamischen Lehrplänen unterworfen. Es gäbe zwar zum Teil Religionsunterricht für christliche Schüler, die Lehrpläne in den anderen Fächern seien aber islamisiert. Sie nennt ein Beispiel aus der Mathematik: „Die Aufgabe lautet nicht, wie viel ist sieben mal fünf, sondern: Mohammed geht am Tag fünf mal in die Moschee zum Gebet. Wie oft geht er in der Woche? Es gebe zwar christliche Schulen, dabei handle es sich aber um Privatschulen, für die man bezahlen müsse, was viele Eltern nicht könnten.

Eine Aktivistin wirft die Frage nach der Rolle der Medien auf. Diese berichteten einseitig und seien in der Hand der Regierung.

Eine Dame erklärt, dass sie als Muslimin die Lehrpläne für islamisiert hält. Es werde den Kindern eine Männerwelt vermittelt. „Warum wird immer Mohammed erlebt, und nicht Fatima oder Aische?“ fragt sie. Schon sieben Tage junge Kinder würden beschnitten. Männer schwiegen ob dieser Verstümmelungen, damit Frauen ihre eigene Sexualität nicht kontrollieren können. Es gebe keinen Sex vor der Heirat. Darüber hinaus ginge es bei den Beschneidungen nicht mehr um gesundheitliche Aspekte.

Eine weitere Dame erklärt zur Genitalverstümmelung an Frauen, dass es sich dabei um einen Brauch handle, der aus alten Zeiten stamme. Es gebe ver-



Gesprächsteilnehmerin

schiedene Namen dafür und auch Hebammen und Friseure führten diese Genitalverstümmelungen durch. Diese Praktik sei auch unter Nichtmusliminnen, wie zum Beispiel unter Christen und Anhängern von Naturreligionen, weit verbreitet. Die Beschneidungen würden in allen nordsudanesischen Bundesstaaten und mit einigen Ausnahmen in muslimischen Dörfern auch im

Ostsudan durchgeführt. Als Gründe würden oft genannt, dass es sich bei den Beschneidungen um Fruchtbarkeitsrituale handle. Es würden auch Gründe in Zusammenhang mit Hygiene und auch mit der Religion ins Feld geführt. So würden nichtbeschnittene Frauen als sexuell hyperaktiv gelten. Mädchen sollten durch die Beschneidungen auf das Frausein vorbereitet werden, so ein weiteres Rechtfertigungsmuster. Die Dame erklärt, dass die Beschneidungen mit sehr schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen einhergingen. Bis zu ihrem Tod hätten viele Frauen psychische Probleme mit der Verstümmelung. Viele würden ihr ganzes Leben lang daran denken, was auch das Familienleben beeinträchtigte. Dieses Thema habe aber auch eine politische Seite. Früher stand die Verstümmelung in Beziehung zur Sklaverei. Frauen sollten dadurch den Männern hörig gemacht werden.

Eine weitere Frauenrechtlerin gibt zu bedenken, dass ihrer Ansicht nach die Beschneidungspraktiken eine Kontrolle über die Sexualität der Frauen bedeuten.

2. Gespräche mit Vertretern von Menschenrechtsgruppen

Vertreter von Menschenrechtsgruppen zeichnen ein durchweg düsteres Bild von der allgemeinen Menschenrechtsslage im Sudan. Hinsichtlich der Pressefreiheit erfahren wir, man habe zwar die Kontrolle der Zeitungen durch externe Stellen zurückgefahren, die Zeitungen seien nun aber durch regierungsnahe Redakteure unterwandert. Es gebe keine Redefreiheit, keine Meinungsfreiheit, keine Versammlungsfreiheit, keine Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit. Eine Untersuchungshaft sei beliebig lange und ohne Beteiligung eines Richters möglich. Auf die Frage nach der Reformfähigkeit des sudanesischen Rechtssystems antwortete ein Menschenrechtsaktivist, es gebe für die Demokratie Gesetze und es gebe für die Diktatur Gesetze. Eine Reform des Rechtssystems müsse beim politischen System beginnen. Dazu müsse man die Regierung des Sudan erst einmal von der Demokratie überzeugen. Hinsichtlich der Lage der Religionsfreiheit der Menschenrechtler, dass die Probleme in diesem Zusammenhang begannen, als Nimeiri im November 1983 das islamische Rechtssystem einführt. Die sudanesishe Gesellschaft sei tolerant. Vor der Einführung des islamischen Rechtssystems habe es an jeder Ecke Alkohol zu kaufen gegeben. Religion sei bis dahin im Sudan nie ein Problem gewesen. Heute werde die Religion vorsätzlich zu politischen Zwecken eingesetzt. Bei der Khartoumer Regierung handle es sich nicht um eine islamische Regierung, sondern um eine afrikanische Diktatur.

3. Gespräche mit Vertretern christlicher Kirchen

Im Rahmen eines Gespräches mit Vertretern christlicher Kirchen können einzelne Wortmeldungen sinngemäß wie folgt zusammengefasst werden. Es wurde erklärt, dass es den Kirchen nicht erlaubt sei, Kirchengebäude zu errichten. Die Christen hätten auch keine Regierungslobby. Die Verfolgung von Christen finde hier auf eine „moderne Art“ statt. Langfristiges Ziel der Regierung sei es, das Christentum mit einer Politik der kleinen Schritte auszulöschen. So finde beispielsweise eine Islamisierung der Lehrpläne in den Schulen statt. Ein Gesprächsteilnehmer stellte die Frage: „Religionsfreiheit?“. Er beantwortete dies Frage selbst mit: „Eine kurze Antwort: Nein, Nein, Nein.“ Der katholische Club sei immer noch von der Regierung konfisziert. Außerdem gebe es einen christlichen Friedhof, um den herum die Regierung Läden baue. Alles dort sei islamisch und arabisch. Problematisch sei auch der Umstand, dass im Berufsleben viele Christen gezwungen würden, Moslems zu werden. Das Christentum solle lahmgelegt werden, so die Einschätzung eines Gesprächsteilnehmers.

Wir empfanden dieses Gespräch als sehr bedrückend. Einige der Gesprächspartner, allesamt Funktionsträger in ihren Kirchen, scheinen sich in ihr Schicksal ergeben zu haben. Sie beklagten dieses Schicksal zwar, konnten sich aber keine Konstellation auch für eine nur graduelle Besserung ihrer Lage vorstellen. Eigeninitiative scheint der Hoffnungslosigkeit gewichen zu sein – ein bedrückendes Gespräch.

IV. Pressekonferenz

Am Ende unseres Besuches hielten wir in der deutschen Botschaft eine Pressekonferenz, die von einigen Journalisten besucht wurde.



Pressekonferenz in der deutschen Botschaft

V. Fazit

In den vier untersuchten menschenrechtlichen Problemkreisen, Verschleppung von Zivilisten aus dem Süden (1), Behandlung der Verschleppten nach der jeweiligen Verschleppung (2), Bombardierung ziviler Ziele (3) und Genitalverstümmelung an Frauen und Mädchen (4) konnte kein Fortschritt erkannt werden. Dieser Befund ergibt sich zum einen aus eigenen Recherchen der Gruppe im Südsudan sowie aus während der Reise geführten Gesprächen mit Vertretern der Opposition, von Kirchen und von NROs. Regierungsvertreter gaben zwar die Existenz „menschenrechtlicher Probleme“ zu, führten diese aber jeweils auf traditionale (4) Ursachen, auf Ursachen in Zusammenhang mit örtlichen Stammeskonflikten (1) und (2) und auf die Wirren des Krieges (3) zurück. Diesen Erklärungsmustern ist gemein, dass sie der Regierung keine aktive Beteiligung zuweisen. Diesen Erklärungsmustern widersprach die Gruppe in zahlreichen Gesprächen und forderte die Regierung auf, ihre von der Gruppe identifizierte und vorgetragene aktive Rolle in der Begehung von Menschenrechtsverletzungen zu beenden. Außerdem betonte die Gruppe allen Gesprächspartnern gegenüber die Notwendigkeit eines tragfähigen Friedens, weil der Krieg ein Nährboden für die Verletzung von Menschenrechten sei. Die Betreuung durch die deutsche Botschaft in Khartoum konnte nicht besser sein. Herrn Botschafter Meyer und seinen Mitarbeitern sei für die Mithilfe und für das große Engagement recht herzlich gedankt.

Berlin, Singen, den 26. Juni 2002

gez. Monika Brudlewsky
(Mitglied des Deutschen Bundestages)

gez. Reimund Reubelt
(Hoffnungszeichen-Geschäftsführer)

gez. Klaus Stieglitz
(Hoffnungszeichen-Menschenrechtsbeauftragter)